

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkonton: Dresden 71880
Grotzstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 119.

Mittwoch, 26. Mai 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Roh- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reflamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Gewählter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Abrechnung eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Anstalten oder der Verlegeranstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ranges & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Abrüstungskompromisselei.

Die Völkerverbände sind sich offenbar darüber klar geworden, daß es unumgänglich notwendig wäre, den Einbruch, den die Abrüstungsdebatte auf die Welt gemacht hat und der für den Völkerverbandgedanken wahrhaftig nicht sonderlich ermutigend war, zu verwischen. Man ist, wie das in solchen Fällen üblich ist, zu einem Kompromiß gelangt. Die englischen und französischen Völkerverbände haben in diesem Kompromiß wenigstens versucht, einen Ausgleich zu finden. Das Kompromiß befaßt, daß im Falle eines Krieges der Völkerverband die Weisungen und Anordnungen studieren solle, durch die in kürzester Frist eine Wiederaufrüstung herbeigeführt werden könne; er solle ferner im Kriegsfall oder bei sonstigen internationalen Konflikten den Erlaß von Entscheidungen des Rates zur Intraffierung der militärischen und wirtschaftlichen Verpflichtungen des Völkerverbandes beschleunigen. Es ist klar, daß dieses englisch-französische Kompromiß den Abrüstungsdebatte wieder Mut gibt. Jedoch scheint uns die Bedeutung, die man diesem Kompromißantrag zumißt, erheblich übertrieben zu sein. Es fehlt jeder Grund für die Annahme, daß mit diesen Vorkäufen die Abrüstungsdebatte in ein neues Stadium getreten seien und ein wenig mehr Erfolg versprechen, als es die vorhergehenden Aussprachen getan haben. Das Kompromiß befaßt doch nicht im geringsten mehr, als schon die Völkerverbände für den Fall internationaler Konflikte festzulegen. Lediglich die technische Durchführung der betreffenden Artikel der Völkerverbände werden von diesem Kompromißantrag berührt. Es soll nach dem englisch-französischen Antrag ferner von der ständigen Militärkommission des Völkerverbandes ein Verfahren studiert werden, das die sofortige Durchführung der von Rat für einen Kriegsfall empfohlenen Maßnahmen ermöglicht. Ferner spielen technische Nachfragen und wirtschaftliche Fragen in dem Kompromißantrag von Paul Boncour und Lord Cecil eine Rolle.

Wenn man auch den Optimismus gewisser Kreise über das „neue Stadium“ der Abrüstungsdebatte nicht teilt, so muß man immerhin anerkennen, daß in der ausdrücklichen Unterzeichnung der Sicherungen, die der Völkerverband für einen Kriegs- oder Konfliktfall vorsieht, wenigstens ein geringes Maß an Fortschritt liegt. Angenommen, die Völkerverbände sind sich mit diesen englisch-französischen Anträgen schon in seiner nächsten Tagung befaßt, und wie zweifellos nicht daran, daß er den Entwürfen annimmt. Alle Abmachungen verlieren für Deutschland aber ihren Wert vollkommen, wenn der Antrag, den der französische Delegierte auf der Genfer Studienkommission angekündigt hat, nämlich der auf Aushebung der Einstimmigkeitsklausel, angenommen wird. Bei den Schwierigkeiten, auf die der Völkerverband in seiner bisherigen Tätigkeit durch die Einstimmigkeitsklausel stieß, ist es immerhin nicht unwahrscheinlich, daß der Boncour'sche Antrag durchgehen wird. In diesem Falle würde der französische Einfluß im Völkerverband und im Völkerverband überhaupt zu ausschlaggebend werden, daß alle Vorteile, die der Völkerverband etwa haben mag, zum mindesten für Deutschland illusorisch werden. Die Haltung der östlichen und südöstlichen kleineren Staaten, die man wohl nicht mit Unrecht als französische Vasallenstaaten bezeichnen kann, ließ klar erkennen, mit welcher Anhängerschaft der französische Standpunkt in jeder internationalen Frage rechnen kann.

Finanzkonferenz in London.

Obd. Berlin. In London findet in diesen Tagen eine Konferenz zwischen dem Gouverneur der Bank von England Montague Norman und dem Gouverneur der Federal Reserve Bank in New York Benjamin Strong statt, an der auch der Reichsbankpräsident Dr. Schacht und der Reparationsagent Sir Parker Gilbert teilnehmen. Es handelt sich um Besprechungen über den Dawesplan und Transferprobleme, aber die „Times“ legen dieser Zusammenkunft eine größere Bedeutung bei, als sie nach unseren Informationen verdient. Es ist nicht den Tatsachen entsprechend, wenn die „Times“ schreiben: „Es verlautet, daß u. a. der Wunsch deutscher Kreise erörtert werde, den vorläufigen Geißel, der in Paris vorbereitet, für die sofortige Revision der Reparationsregelungen auszuweichen.“ Die deutsche Reichsregierung hat gegenwärtig eine Initiative für eine Revision des Dawesplans nicht ergriffen. Ebenso unrichtig ist es, wenn die „Times“ weiter bemerken, daß die deutsche Regierung die Frage der Räumung der zweiten und dritten Rheinlande aufwerfen wolle. Das diese Angelegenheit von der deutschen Regierung fortgesetzt im Auge behalten wird, ist selbstverständlich, aber die Regierung beabsichtigt nicht, die Räumung der zweiten und dritten Rheinlande unmittelbar mit der Revision des Dawesplanes zu verknüpfen.

Der deutsch-schwedische Handelsvertrag im schwedischen Reichstag angenommen.

Obd. Berlin. Der schwedische Reichstag hat nach kurzer Debatte den neuen deutsch-schwedischen Handelsvertrag angenommen. In beiden Kammern wurde an dem

Immer neue Schwierigkeiten in Genf.

* Genf. Die Vollziehung der vorbereitenden Abrüstungskommission, die am Dienstag nachmittag um 6 Uhr unter dem Vorsitz des Pariser holländischen Gesandten Raubon zusammentrat, nahm einen wesentlich anderen Verlauf, als allgemein erwartet wurde. Zunächst verlas der belgische Delegierte Brouquere den Schlussbericht über die Arbeiten der Abrüstungskommission. Hieran wurde von den Delegierten der Kleinen Entente, die in der Abrüstungskommission nicht vertreten waren, auf verschiedene textliche Unklarheiten und auf Differenzen zwischen der englischen und der französischen Auffassung hingewiesen. Der rumänische Delegierte beantragte, die Diskussion über die Schlussberichte auf eine neue Vollziehung zu verschieben, um den Delegierten die Möglichkeit zu geben, zu dem Protokoll des Schlussberichtes Stellung zu nehmen. Allgemein wurde bemerkt, daß eine gewisse Zustimmung bei diesen Delegierten über ihren Ausschluss von den Arbeiten der Abrüstungskommission zum Ausdruck kam.

Der Vertreter Griechenlands gab darauf eine Erklärung ab, in der er betonte, daß Griechenland einen besonderen Wert auf regionale Verträge lege und eine besondere Festlegung auf Grund des Artikels 16 der Völkerverbandsatzung verlange, in Anbetracht der Tatsache, daß einige Staaten nicht Mitglieder der Vollversammlung seien. Allgemein wurde dieser Hinweis als eine Anspielung auf die Türkei empfunden.

Große Erregung löste die Erklärung des ungarischen Vertreters aus, der mitteilte, daß er am Dienstag ein umfangreiches Memorandum über die Abrüstung seines Landes eingereicht habe, das auf die gegenwärtige Lage Ungarns eingehe. Lord Robert Cecil beantragte, dieses Memorandum an die beiden Unterkommissionen zu verweisen. Eine lebhafte Debatte entsand hierüber mit den Vertretern der Kleinen Entente, die verlangten, daß das ungarische Memorandum in einer Vollziehung der Abrüstungskommission behandelt werde. Sie wiesen darauf hin, daß in dem Memorandum politische Fragen berührt werden.

Der Präsident mußte darauf dem Drängen der Vertreter der Kleinen Entente nachgeben und eine neue Vollziehung für Mittwoch vormittag ansetzen, auf der die Diskussion über den Schlussbericht fortgesetzt werden soll. Ferner berief er eine Vollziehung auch am Mittwoch nachmittags ein, in der das ungarische Memorandum behandelt werden soll.

Obne das Vorgehen der Kleinen Entente würde zweifellos das ungarische Memorandum an die verschiedenen Unterkommissionen übermessen und hierdurch eine allgemeine öffentliche Debatte vermieden worden. Allgemein wird erwartet, daß in der morgigen Sitzung der Vertreter Ungarns nicht nur den Stand der Abrüstung seines Landes als ein Hauptbeispiel einer völligen Abrüstung in untern gerüsteter Nachbarnländer darstellen, sondern auch die politische Lage seines Landes eingehend erörtern wird. Es dürfte ohne weiteres klar sein, daß der Hinweis auf die ähnlliche Lage, in der sich Deutschland befindet, in der Diskussion zur Sprache kommen und dann bei geistreichem Vorgehen des ungarischen Vertreters auch in einem für Deutschland erwünschten Sinne behandelt werden wird. Man sieht der heutigen Vormittagsitzung der Abrüstungskommission mit besonderem Interesse entgegen.

Genf Bernstorff

Über die gestrigen Beschlüsse des Redaktionskomitees.

Genf, 26. Mai. Zu dem gestern von Paul Boncour und Lord Robert Cecil im Redaktionskomitee des Abrüstungskomitees gemeinsam eingebrachten Antrag, durch den dem Völkerverband empfohlen wird, die Methoden und technischen Maßnahmen prüfen zu lassen, mittels deren die

Vertragswerk starke Kritik geleistet, die sich in erster Linie gegen die ungenügenden schwedischen Vorbereitungen und gegen die gesamte Handelspolitik der gegenwärtigen Regierung richtete. Die Aufhebung des Wahlsystems mache eine schärfere Kontrolle der Ausländer notwendig. Die schwedische Landwirtschaft und Gewerbeindustrie seien in dem Vertrage sehr schlecht megekommen. Die Vollfreiheit für schwedische Waffenteile, einer der wesentlichen Teile des Handelsvertrages, komme in erster Linie den deutschen Kapitalisten zugute, weil die schwedischen Steinbrüche zum größten Teil in den Händen deutscher Kapitalisten seien. — Demgegenüber wies der Handelsminister darauf hin, daß eine aggressive Handelspolitik Schwedens die schwedischen Interessen keineswegs begünstigt haben würde.

Biludski über die Präsidentschaftsfrage.

Warschau. Marschall Biludski antwortete auf die Fragen von Vertretern linksgerichteter Blätter, ob er gewillt sei, die letzten Ereignisse in Polen durch die Übernahme der Staatspräsidentschaft zu legalisieren, ausweichend. Der Marschall erwartet die öffentliche Anmeldung mehrerer Kandidaturen, mit denen er sich dann ins Einvernehmen

Diskussion für einen angegriffenen Staat rasch ins Werk gesetzt werden könne, hat Graf Bernstorff heute vormittag im Redaktionskomitee folgende Erklärungen abgegeben:

Die Redaktionskommission hat beschlossen, die Fragen Va 8 und Vb an den Völkerverband zu verweisen, da die Schwierigkeit bestand, diese Gegenstände innerhalb eines Organes zu behandeln, dem Vertreter von Ländern angehören, die nicht Mitglied des Völkerverbandes sind. Ich bin diesem Beschluß gern beigetreten, der nicht nur von mir, sondern auch von allen übrigen Mitgliedern als eine gute Lösung der innerhalb der Kommission aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten betrachtet werden ist. Immerhin konnte so der Gegenstand der an den Rat verwiesenen Fragen in der Kommission nicht erschöpfend erörtert werden. Bei der Ausnahmefestlegung Deutschlands, welches nach dem sehr glücklichen Wort des Vertreters Frankreichs im Rat moralisch Mitglied des Völkerverbandes geworden ist, hat mein Land andererseits noch nicht die Möglichkeit, im Rat das Wort zu ergreifen. Ich möchte folgende Erklärung abgeben: Ich möchte keineswegs die Notwendigkeit im Zweifel stehen, die Methoden und die technischen Wege zu bestimmen, auf denen die Disziplinierung für einen angegriffenen Staat rasch ins Werk gesetzt werden kann. Ich bin jedoch der Ansicht, daß es praktischer wäre, für die Lösung des Problems einen anderen Ausgangspunkt zu wählen. Die vorgeschlagene Prüfung der Methoden, nach denen die Disziplinierung für einen angegriffenen Staat rasch ins Werk gesetzt werden soll, dürfte meiner Ansicht nach nicht den gegenwärtigen Stand der Rüstungen zur Grundlage haben, der, wie wir alle hoffen, ein nur vorübergehender ist, und der durch die Arbeiten gerade unserer Konferenz vereinbart und endgültig festgelegt werden soll. Die in Rede stehenden Untersuchungen werden vielmehr von einem Stande der Abrüstung ausgehen haben, wie sie sich als Endergebnis unserer Arbeiten darstellen wird.

Diese Abrüstung wird so einzurichten sein, daß die Kraft seines einzigen Staates den im Völkerverband verfügbaren Kräften gleichkommen darf; jeder Staat wird soviel an Rüstungen aufrecht erhalten müssen, daß die vereinigten Kräfte der Mitglieder des Völkerverbandes die Ausführung der Beschlüsse desselben gewährleisten.

Ich habe hier nicht den besonders gearteten Fall meines eigenen Landes im Auge. Meine Ausführungen betreffen vielmehr die zahlreichen Staaten, die bereits ihre Rüstungen in einem Umfang herabgesetzt haben. Wenn diese Staaten in der Lage sein sollen, einem anderen Staat, der von einem im Besitz überlegener militärischer Ressourcen befindlichen Staat angegriffen wird, wirksame Hilfe zu bringen, so ist es selbstverständlich, daß ihre vereinigten Kräfte der Kraft eines jeden eventuellen Angreifers überlegen sein müssen. Deshalb wird nach meiner Meinung die Prüfung der Fragen Va 8 und Vb nur dann ein befriedigendes Ergebnis haben, wenn von dem Stande einer in sich ausgeschmiedenen allgemeinen Abrüstung ausgegangen wird. Die in dem französischen Vorschlag angeregten Maßnahmen würden lediglich vorläufige Ergebnisse zeitigen, die meiner Ansicht nach kaum geeignet sein würden, die endgültige Lösung, nämlich die allgemeine Abrüstung, zu beschleunigen.

Paul Boncour erwiderte, daß die in dieser Erklärung des Grafen Bernstorff enthaltenen Teilen in den letzten Jahren wiederholt von Frankreich im Völkerverband vertreten worden seien, und daß es zweifellos zweckmäßig wäre, schon heute nach diesen Gedankengängen vorzugehen. Er glaube jedoch, daß man sich bei der heutigen Sachlage darauf beschränken müsse, eine vorläufige Lösung zu suchen, indem man provisorische Methoden ausarbeite, um die Durchführung der Disziplinierungen aus Artikel 16 des Völkerverbandes sicherzustellen.

Auf Antrag des Grafen Bernstorff wird seine Erklärung im Auszug in den Bericht des Redaktionskomitees aufgenommen und der Wortlaut der Erklärung als Anlage dem Bericht an den Völkerverband bzw. an den Völkerverband beigegeben.

sehen will. Die Präsidentschaftsbewerber sollten bei ihm zusammenzutreffen und eine Erklärung abgeben, wonach sie sich verpflichten, weder mit dem Sejmpräsidenten noch mit den Reichsbanken oder sonstigen irgendwelche Vereinbarungen zu schließen, denn der Präsident müsse alle Schichten der Bevölkerung vertreten, und als solcher sei er von vornherein zur Isolierung verurteilt.

Ergebnis des deutschen Juristentages.

* Marienbad. Wie schon gemeldet, fand dieser Tage in Marienbad der deutsche Juristentag der Tschechoslowakei statt. Aus allen Teilen des Staates waren Juristen nach Marienbad gekommen. In der Hauptversammlung erstattete Universitätsprofessor Dr. Spiegel sein Referat über die Sprachenverordnung, an welcher er scharfe Kritik übte. Im Anschluß an dieses Referat wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt: „Die Hauptversammlung der händigen Vertretung des deutschen Juristentages in der Tschechoslowakei fordert alle Deutschen in der Tschechoslowakei auf, ohne Unterschied des Standes, des Amtes und des Berufes in jedem einzelnen Falle den Kampf gegen die Ungerechtigkeit aufzunehmen.“

Allen voran: Radeberger Pilsner! das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwade Riesa a. Elbe. Fernruf 49.